

Bundespräsident Herzog regt an:

Mehr Wissenschaft für die Politik

'Freiheit der Forschung schließt Kooperation nicht aus'

Bundespräsident Herzog regt an:

Mehr Wissenschaft für die Politik

'Freiheit der Forschung schließt Kooperation nicht aus'

jj Ebenhausen (Eigener Bericht) - Vor dem Hintergrund der von Bundesfinanzminister Theo Waigel verkündeten Haushaltssperre hat Bundespräsident Roman Herzog vor einem 'Reflex der Haushaltspolitik' gewarnt, der 'lebensbedrohend für den Standort Deutschlands ist'. Es sei dies die Versuchung, die 'Schuldenakkumulation, die sich aus Subventionen der Vergangenheit ergeben, durch Kürzungen der Ausgaben für zukunftsorientierte Wissenschaft auszugleichen'.

Der Rahmen war ein weltpolitisches Kolloquium in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen bei München, eines vom Bund geförderten Forschungsinstituts, das Regierung und Parlament in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät. In seinem Redetext fragte der Präsident: 'Warum ist in Amerika Politikberatung selbstverständlich, während sie bei uns als Luxus gilt?' Ob es daran liege, daß zu viele deutsche Politiker und Beamte Angst davor hätten, ihre Entscheidungen einer konzeptionellen oder empirischen Vorbereitung oder Überprüfung zu unterziehen? Oder seien sich gar deutsche Wissenschaftler zu schade, ihre wissenschaftlichen Analysen mit einer praktischen Problemstellung zu beginnen und mit einer Politik-Empfehlung enden zu lassen?

Im Blick auf die Zukunft könne sich die Bundesrepublik das unter Wissenschaftlern verbreitete Mißverständnis nicht leisten, daß die 'Freiheit der Wissenschaft pragmatische Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Politik ausschließe'.

Herzog forderte den Ausbau der Forschungskapazitäten als 'unabhängige Partner der Politik'. Überdies müßten die Planungsstäbe der Ministerien und der wissenschaftlichen Einrichtungen des Bundestages nach Vorbild des US-Kongresses verstärkt werden. Wissenschaftliche Politikberatung sei nicht 'blasse Theorie und Zeitverschwendung'. 'Think-Tanks' seien die 'Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit'.